

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 11 | 15.03.2019

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre
Redaktionelle Leitung: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

I. BUNDESGESETZBLATT

[BGBl II 69/2019](#)

Verordnung der Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz, mit der die Ärztinnen-/Ärzte-EU-Qualifikationsnachweis-Verordnung 2014 geändert wird (**Ärztinnen-/Ärzte-EU-VO Novelle 2019**)

[BGBl II 70/2019](#)

Kundmachung des Bundesministers für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz über die Änderung der Richtwerte nach dem **Richtwertgesetz**

II. AMTSBLATT DER EU

[ABI L 70 v 12.03.2019, 4](#)

Durchführungsverordnung (EU) 2019/386 der Kommission vom 11. März 2019 zur Festlegung von Vorschriften für die Aufteilung der **Zollkontingente** in der WTO-Liste der Union für bestimmte **landwirtschaftliche Erzeugnisse** nach dem **Austritt** des **Vereinigten Königreichs** aus der Union in Bezug auf die im Rahmen dieser Zollkontingente erteilten Einfuhrlizenzen und Einfuhrrechte

[ABI L 72 v 14.03.2019, 6](#)

Verordnung (EU) 2019/402 der Kommission vom 13. März 2019 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr 1126/2008 zur Übernahme bestimmter **internationaler Rechnungslegungsstandards** gemäß der Verordnung (EG) Nr 1606/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf den International Accounting Standard 19

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

28.02.2019, [G 319/2018 ua](#)

Nationalrats-WahlO; Europa-WählerevidenzG; Abweisung eines Gerichtsantrags auf Aufhebung von Teilen von Bestimmungen der Nationalrats-WahlO und des Europa-WählerevidenzG; **Ausschluss vom Wahlrecht** bei strafgerichtlich Verurteilten durch gerichtliche Einzelfallentscheidung unter Bedachtnahme auf die Art und Schwere der begangenen Straftat und das Verhalten des Täters liegt im rechtspolitischen Gestaltungsspielraum des Gesetzgebers

01.03.2019, [V 46/2018](#)

Bgld PflanzenschutzG; Aufhebung von Regelungen betreffend die Einhebung von Kostenbeiträgen für gemeinsame **Bekämpfungsmaßnahmen gegen Stare** in einer VO der Marktgemeinde Illmitz am See wegen Verstoßes gegen die gesetzlichen Grundlagen

01.03.2019, [E 4474/2018](#)

BundesvergabeG; Entscheidung betreffend Pauschalgebühren im **vergaberechtlichen Nachprüfungsverfahren** nach dem BundesvergabeG 2006 Akt der Rechtsprechung des BVwG; ordnungsgemäße Gebührentrichtung Zulässigkeitsvoraussetzung eines vergaberechtlichen Rechtsschutzantrags; keine Bedenken gegen die erstmalige Entscheidung des BVwG über akzessorische Gebührenansprüche

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

30.01.2019, [Ra 2018/06/0228](#)

Sbg BaupolizeiG; WohnungseigentumsG; der Straftatbestand des § 23 Abs 1 Z 25 Sbg BaupolizeiG umfasst neben der eigenen Nutzung die Duldung der Benützung des eigenen Wohnungseigentumsobjekts durch Dritte in raumordnungswidriger Weise, nicht jedoch das Wissen über die **touristische Vermietung anderer Wohnungseigentumseinheiten**; bereits die Wortinterpretation („... nutzen lässt“) setzt eine Verfügungsgewalt über das genutzte Objekt voraus; Wohnungseigentum vermittelt zwar nicht das Alleineigentum an einem körperlich abgegrenzten Teil der betreffenden Liegenschaft, bedeutet aber gem § 2 Abs 1 WohnungseigentumsG das ausschließliche Verfügungsrecht am Wohnungseigentumsobjekt; jeder Miteigentümer ist nur für die Nutzung jener Teile der Liegenschaft verantwortlich, über die er (mit)verfügungsberechtigt ist

C. VERWALTUNGSGERICHTE

BVwG 11.12.2018, [W170 2210811-1](#)

ÄrzteG; das ÄrzteG stützt sich auf **verschiedene Kompetenztatbestände**; ob diese der mittelbaren oder der unmittelbaren Bundesverwaltung zuzurechnen sind, ergibt sich nicht aus den Materialien; auch sind sie nicht in Art 102 Abs 2 B-VG genannt und somit nicht grds der unmittelbaren Vollziehung durch den Bund zugänglich; die Zuständigkeit in ein und derselben kompetenzrechtlichen Angelegenheit ist jedoch bei ein und demselben Gericht zu konzentrieren; in der Rechtspraxis werden diese Kompetenztatbestände im Wesentlichen von den LVwGs vollzogen, auch wenn der Präsident der Österreichischen Ärztekammer belangte Behörde ist; daher und da keine Nähe zur unmittelbaren Bundesverwaltung zu erkennen ist, besteht keine Zuständigkeit des BVwG und daher gem Art 131 Abs 1 leg cit die Zuständigkeit des örtlich zuständigen LVwG

LVwG Oö 01.02.2019, [LVwG-851125](#)

GewO; AVG; in der in der mündlichen Verhandlung abgegebenen Stellungnahme der Bf wurde ausgeführt, dass lediglich ein Einvernehmen im Hinblick auf die Festsetzung der Betriebszeit, die Regelung des Oberflächenwasserabflusses, das Unterlassen von Reinigungs- und Wartungsarbeiten, die Nichterrichtung stationärer Beleuchtungsanlagen sowie eine zu bewerkstellende Bepflanzung erzielt wurde; damit wurden jedoch **keine rechtserheblichen Einwendungen** iSd § 74 Abs 2 GewO geltend gemacht, sodass die Bf ihre Stellung als Parteien verloren haben; ihre Beschwerde war daher zurückzuweisen

LVwG Oö 13.02.2019, [LVwG-151886](#)

Oö BauO; die in der Beschwerde erwähnten Bedenken der Bf betreffend Umweltschutz und Naturschutz berühren **keine subjektiv-öffentlichen Rechte**, die im Baubewilligungsverfahren geltend gemacht werden könnten; vielmehr hat sich der oö Landesgesetzgeber dazu entschieden, betreffend Bauvorhaben, die keine Wohngebäude betreffen, (lediglich) der Umweltanwaltschaft zur Wahrung des Umweltschutzes, insb zur Vermeidung von schädlichen Einwirkungen auf die Umwelt, Parteistellung einzuräumen

Hinweis: Die verlinkten Rechtssätze des LVwG Oberösterreich werden von diesem zur Verfügung gestellt. Die Langfassungen der Entscheidungen können etwa zwei Monate nach dem jeweiligen Entscheidungsdatum über die Homepage des LVwG Oberösterreich (www.lvwg-ooe.gv.at) abgerufen werden. In gesammelter Form können diese Rechtssätze in der Online-Zeitschrift „Spektrum der Rechtswissenschaft“ (www.spektrum-der-rechtswissenschaft.at; seit Jänner 2013) sowie im RIS eingesehen werden.

LVwG NÖ 04.03.2019, [LVwG-AV-1056/003-2016](#)

WasserrechtsG; vom Gesetzeswortlaut des § 31c Abs 5 lit b WasserrechtsG scheint jedenfalls eine Auslegung der Wortfolge „in **Gebieten mit gespanntem oder artesisch gespanntem Grundwasservorkommen**“ dahingehend gedeckt, dass die Bewilligungspflicht nach dieser Bestimmung (bereits) dann gegeben ist, wenn mit dem Auftreten gespannter Grundwässer nach fachlicher Voraussicht bezogen auf die konkrete Örtlichkeit zumindest gerechnet werden muss; dies kann nur ausgehend von einer ex-ante-Betrachtung beurteilt werden, sodass es in weiterer Folge (für die Bewilligungspflicht) irrelevant ist, ob im Zuge der Tiefbohrung tatsächlich gespannte Grundwässer angetroffen werden; die Heranziehung weiterer Kriterien, lässt sich aus dem Gesetzeswortlaut nicht begründen und muss in verfassungskonformer Auslegung unterbleiben

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

[12.03.2019, Rs C-221/17, Tjebbes ua](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Unionsbürgerschaft – Art 20 AEUV – Art 7 und 24 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaats und eines Drittstaats – **Verlust der Staatsangehörigkeit** eines Mitgliedstaats und der Unionsbürgerschaft **kraft Gesetzes** – Folgen – Verhältnismäßigkeit

[13.03.2019, Rs C-437/17, Gemeinsamer Betriebsrat EurothermenResort Bad Schallerbach](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Freizügigkeit der Arbeitnehmer – **Art 45 AEUV** – Verordnung (EU) Nr 492/2011 – Art 7 Abs 1 – Verbot der Diskriminierung aufgrund der Staatsangehörigkeit – Ansprüche auf **bezahlten Jahresurlaub**, die von der Dienstzeit des Arbeitnehmers bei dem Arbeitgeber abhängen – Nur **teilweise Berücksichtigung** von **Dienstzeiten**, die bei anderen Arbeitgebern zurückgelegt wurden – Arbeits- und Sozialrecht – Unterschiede zwischen den Systemen und Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten

[13.03.2019, Rs C-635/17, E](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts – Einwanderungspolitik – Recht auf Familienzusammenführung – Richtlinie 2003/86/EG – Ausnahmen vom Anwendungsbereich der Richtlinie – Art 3 Abs 2 Buchst c – Ausschluss **subsidiär schutzberechtigter Personen** – Erstreckung des Rechts auf **Familienzusammenführung** auf diese Personen aufgrund nationalen Rechts – Zuständigkeit des Gerichtshofs – Art 11 Abs 2 – **Fehlen amtlicher Unterlagen** zum Nachweis familiärer Bindungen – Für nicht hinreichend plausibel befundene Erklärungen – Den Behörden der Mitgliedstaaten obliegende Verpflichtungen zur Durchführung ergänzender Maßnahmen – Grenzen

[13.03.2019, Rs C-647/17, Srf konsulterna](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Mehrwertsteuer – Richtlinie 2006/112/EG – Art 53 – **Dienstleistungen** betreffend die **Eintrittsberechtigung** für Veranstaltungen auf dem Gebiet des **Unterrichts** – Ort des steuerbaren Umsatzes

[13.03.2019, Rs C-195/18, BS \(Malt dans la composition de la bière\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Steuerrecht – Verbrauchsteuern auf Alkohol und alkoholische Getränke – Richtlinie 92/83/EWG – Art 2 – Begriff ‚**Bier**‘ – Getränk, das aus der Würze erzeugt wird, die aus einem einen **höheren Glukose- als Malzanteil** enthaltenden Gemisch gewonnen wurde – Kombinierte Nomenklatur – Positionen 2203 (Bier aus Malz) oder 2206 (Andere gegorene Getränke)

[14.03.2019, Rs C-118/17, Dunai](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verbraucherschutz – **Missbräuchliche Klauseln** in Verbraucherverträgen – Richtlinie 93/13/EWG – Art 1 Abs 2 – Art 6 Abs 1 – Auf eine Fremdwährung lautender **Darlehensvertrag** – Wechselkursspanne – Ersetzung einer für nichtig erklärten missbräuchlichen Klausel durch eine Rechtsvorschrift – Wechselkursrisiko – Fortbestand des Vertrags nach dem **Wegfall** der missbräuchlichen Klausel – Nationales System der einheitlichen Rechtsauslegung

[14.03.2019, Rs C-399/17, Kommission / Tschechische Republik](#)

Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats – Verordnung (EG) Nr 1013/2006 – Verbringung von **Abfällen** – Weigerung der **Tschechischen Republik**, für die **Rücknahme** des Gemischs TPS-NOLO (Geobal), das von diesem Mitgliedstaat nach Polen verbracht wurde, zu sorgen – Vorliegen von Abfall – Beweislast – Beweis

[14.03.2019, Rs C-449/17, A & G Fahrschul-Akademie](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Gemeinsames Mehrwertsteuersystem – Richtlinie 2006/112/EG – Art 132 Abs 1 Buchst i und j – **Steuerbefreiungen** für bestimmte, dem Gemeinwohl dienende Tätigkeiten – Schul- und Hochschulunterricht – Begriff – **Fahrschulunterricht**

[14.03.2019, Rs C-557/17, YZ ua \(Fraude dans le regroupement familial\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Recht auf **Familienzusammenführung** – Richtlinie 2003/86/EG – Art 16 Abs 2 Buchst a – Art 17 – **Entzug des Aufenthaltstitels** eines Familienangehörigen eines Drittstaatsangehörigen – Rechtsstellung der langfristig aufenthaltsberechtigten Drittstaatsangehörigen – Richtlinie 2003/109/EG – Art 9 Abs 1 Buchst a – Verlust dieser Rechtsstellung – **Täuschung** – Keine Kenntnis von der Täuschung

[14.03.2019, Rs C-695/17, Metirato](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 2010/24/EU – **Amtshilfe** bei der Beitreibung von Forderungen in Bezug auf bestimmte Steuern, Abgaben und sonstige Maßnahmen – Art 13 Abs 1 – Art 14 Abs 2 – **Zwangsbeitreibung** der Forderungen des ersuchenden Mitgliedstaats durch die Behörden des ersuchten Mitgliedstaats – Verfahren in Bezug auf eine Klage auf **Rückgewährung** dieser **Forderungen zur Insolvenzmasse** einer im ersuchten Mitgliedstaat niedergelassenen Gesellschaft – Beklagter in diesem Verfahren – Bestimmung

[14.03.2019, Rs C-724/17, Skanska Industrial Solutions ua](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Wettbewerb – Art 101 AEUV – Ersatz des durch ein nach diesem Artikel verbotenen **Kartell** entstandenen Schadens – Bestimmung der **Schadensersatzpflichtigen** – Nachfolge rechtlicher Einheiten – Begriff des Unternehmens – Kriterium der **wirtschaftlichen Kontinuität**

[14.03.2019, Rs C-21/18, Textilis](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Unionsmarke – Begriff ‚**Form**‘ – Form, die der Ware einen wesentlichen Wert verleiht – Zweidimensionale Marke – **Bildmarke**, die auch ein Werk im Sinne des **Urheberrechts** darstellt – Verordnung (EG) Nr 207/2009 – Art 7 Abs 1 Buchst e Ziff iii – Verordnung (EU) 2015/2424

[14.03.2019, Rs C-134/18, Vester](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Systeme der sozialen Sicherheit – Leistungen bei **Invalidität** – Art 45 und 48 AEUV – Freizügigkeit der Arbeitnehmer – Verordnung (EG) Nr 883/2004 – Je nach Mitgliedstaat unterschiedliche **Entschädigungsregelungen** – ‚Wartezeit bei Arbeitsunfähigkeit‘ – Dauer – Gewährung einer Entschädigung wegen Arbeitsunfähigkeit – Nachteile für **Wanderarbeitnehmer**

14.03.2019, Rs C-174/18, Jacob und Lennertz

Vorlage zur Vorabentscheidung – Freizügigkeit der Arbeitnehmer – Gleichbehandlung – Einkommensteuer – Regelung zur Vermeidung der **Doppelbesteuerung** – In einem **anderen Mitgliedstaat** als dem Wohnsitzstaat **bezogene Rente** – Berechnungsmodalitäten der Steuerbefreiung im Wohnsitzmitgliedstaat – **Einbuße** eines Teils bestimmter **Steuervergünstigungen**

14.03.2019, Rs C-372/18, Dreyer

Vorlage zur Vorabentscheidung – Soziale Sicherheit – Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Schweizerischen Eidgenossenschaft andererseits über die Freizügigkeit – Verordnung (EG) Nr 883/2004 – Art 3 – Sachlicher Geltungsbereich – Abgaben auf Einkünfte aus dem Vermögen einer **in Frankreich wohnenden** Person, die in der **schweizerischen Sozialversicherung versichert** ist – Abgaben, die für die Finanzierung zweier von der französischen nationalen Solidaritätskasse für Eigenständigkeit verwaltete Leistungen verwendet werden – Unmittelbare und hinreichend relevante Verbindung zu bestimmten Zweigen der sozialen Sicherheit – Begriff der Leistung der sozialen Sicherheit – Individuelle **Prüfung** der **persönlichen Bedürftigkeit** des Antragstellers – Berücksichtigung der Mittel des Antragstellers bei der Berechnung der Höhe der Leistungen

B. SCHLUSSANTRÄGE

12.03.2019, Rs C-616/17, Blaise ua (GA Sharpston)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Umwelt – Inverkehrbringen von **Pflanzenschutzmitteln** – Gültigkeit der Verordnung (EG) Nr 1107/2009 im Hinblick auf das Vorsorgeprinzip – Zuverlässigkeit und Unparteilichkeit des Bewertungsverfahrens – **Kumulationseffekt** von Wirkstoffen – Pestizide – **Glyphosat**

12.03.2019, Rs C-72/18, Ustariz Aróstegui (GA Kokott)

Vorabentscheidungsersuchen – Sozialpolitik – **Befristete Beschäftigung** – Richtlinie 1999/70/EG – EGB-UNICE-CEEP-Rahmenvereinbarung über befristete Arbeitsverträge – Grundsatz der **Nichtdiskriminierung** befristet beschäftigter Arbeitnehmer – Vertragsbedienstete in der Verwaltung – Gewährung einer **Gehaltszulage** – Vergütung für die Beförderung und die Entwicklung in einer Berufslaufbahn – **Ausschluss der Vertragsbediensteten** – Vergleichbarkeit der Situationen – Rechtfertigung – Begriff ‚sachliche Gründe‘

14.03.2019, Rs C-46/18, Caseificio Sociale San Rocco ua (GA Bobek)

Milch – Quoten – Zusatzabgabe – Art 2 der Verordnung (EWG) Nr 3950/92 – Art 11 Abs 3 der Verordnung (EG) Nr 1788/2003 – Verpflichtung der Abnehmer die Abgabe vom **Milchpreis** einzubehalten – Art 9 der Verordnung (EG) Nr 1392/2001 – **Aufteilung** des **Abgabenüberschusses** – Vorrangige Gruppen – Neuzuweisung ungenutzter Quoten

14.03.2019, Rs C-226/18, Krohn & Schröder (GA Hogan)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Zollunion – Einfuhr- und Ausfuhrverfahren – Zollschuld – Verordnung (EWG) Nr 2913/92 des Rates – Art 212a – Durchführungsverordnung (EU) Nr 1238/2013 des Rates zur Einführung eines endgültigen **Antidumpingzolls** – Durchführungsverordnung (EU) Nr 1239/2013 des Rates zur Einführung eines endgültigen **Ausgleichszolls** – **Befreiungen**

C. GERICHT

12.03.2019, T-798/17, De Masi und Varoufakis / EZB

Zugang zu Dokumenten – Beschluss 2004/258/EG – Dokument mit dem Titel ‚Antworten auf Fragen zur Auslegung des Art 14.4 des Protokolls über die Satzung des ESZB und der EZB‘ – **Verweigerung** des Zugangs – Ausnahme zum Schutz der Rechtsberatung – Ausnahme zum Schutz von Dokumenten für den internen Gebrauch – Überwiegendes öffentliches Interesse

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

12.03.2019, Beschwerde Nr [52497/08 ua](#), *Ali Gürbüz / Türkei*

Verletzung von Art 10 EMRK (Meinungsäußerungsfreiheit); **Einleitung** mehrerer Strafverfahren gegen den Eigentümer einer verbotenen prokurdischen Zeitung; der Bf wurde in allen Verfahren freigesprochen, jedoch hat er sich aus Angst vor einer Verurteilung selbst zensiert; der Bf erhielt eine Entschädigung iHv EUR 3.500,--

12.03.2019, Beschwerde Nr [41216/13](#), *Petukhov / Ukraine*

Verletzung von Art 3 EMRK (Folterverbot und Verbot unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung); **keine Aussicht** für den Bf auf Entlassung auf Bewährung oder Überprüfung seiner lebenslangen Freiheitsstrafe; des Weiteren keine angemessene medizinische Behandlung des Bf im Gefängnis

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung), Hofrat Dr. Alfred Grof (LVwG Oberösterreich), Univ.-Ass. MMag. Ranjana Achleitner, Univ.-Ass. Mag. Katharina Annreither, Univ.-Ass. Mag. Nicole Traußner, Univ.-Ass. Mag. Marlene Haderer, Univ.-Ass. Mag. Sarah Heimpl, Wiss.-Mit. Clara Buder.

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.